X3 Digitale Souveränität made in Bayern

Antragsteller*in: Fabian Deibl
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

Digitalisierung prägt zunehmend alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens und ist längst Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Sie entscheidet darüber, wie Menschen Zugang zu staatlichen Leistungen erhalten, wie wirtschaftliche Entwicklung stattfindet und wie demokratische Teilhabe organisiert wird. Dennoch bleibt Deutschland und auch Bayern in vielen Bereichen hinter den Möglichkeiten einer modernen, digitalen Gesellschaft zurück. Verwaltungsleistungen sind häufig kompliziert, langsam oder weiterhin ausschließlich analog verfügbar.

Anwender*innen müssen dieselben Daten mehrfach angeben, unterschiedliche Behörden kommunizieren nur unzureichend miteinander und digitale Angebote sind oft nur fragmentiert verfügbar. Dies führt zu ineffizienten Verwaltungsprozessen, erhöhtem bürokratischem Aufwand und sinkendem Vertrauen in staatliche Handlungsfähigkeit. Darüber hinaus führen fehlende digitale Infrastruktur und unzureichende digitale Kompetenzen dazu, dass nicht alle Menschen gleichermaßen von digitalen Angeboten profitieren können. Besonders im ländlichen Raum zeigen sich in Bezug auf den Ausbau der digitalen Infrastruktur weiterhin deutliche Defizite.

Digitale Souveränität ist dabei eine zentrale politische Herausforderung und sollte ganzheitlich gedacht werden. Staatliche Stellen sind in hohem Maße von einzelnen großen außereuropäischen Technologieanbietern abhängig, während eigene Kompetenzen und offene Infrastrukturen zu wenig ausgebaut sind. Dadurch entstehen Risiken für langfristige Handlungsfähigkeit, Datenschutz und demokratische Kontrolle.

Für uns als junge Generation ist klar: Digitalisierung ist kein rein technischer Prozess und darf nicht allein marktgetrieben erfolgen. Sie muss politisch gestaltet werden – mit dem Ziel, staatliche Handlungsfähigkeit zu stärken, technologische Abhängigkeiten zu reduzieren und digitale Teilhabe für alle zu sichern.

Die Grüne Jugend Bayern möge beschließen:

Die Grüne Jugend Bayern setzt sich für eine umfassende Strategie zur digitalen Souveränität und zur Modernisierung staatlicher Infrastruktur in Bayern ein. Ziel ist ein handlungsfähiger Staat, der öffentliche Dienstleistungen effizient organisiert, digitale Teilhabe ermöglicht und seine technologische Unabhängigkeit stärkt.

Hierfür fordern wir insbesondere folgende Maßnahmen:

Der Staat als digitale Plattform

Der Staat muss digitale Leistungen übersichtlich, zugänglich und effizient bereitstellen. Wir setzen uns daher für den Auf- und Ausbau einer zentralen digitalen Plattform ein, über die staatliche Dienstleistungen einfach und barrierefrei genutzt werden können.

Bereits bestehende digitale Angebote sollen systematisch ineinander integriert, weiterentwickelt und niedrigschwellig zugänglich gemacht werden, um ihre Nutzung zu stärken und gleichzeitig Parallelstrukturen abzubauen.

Diese Plattform soll Verwaltungsleistungen strukturiert bündeln und eine sichere digitale Identifizierung gegenüber Behörden ermöglichen. Darüber hinaus soll sie als zentrale Infrastruktur für digitale Beteiligungsformate dienen und es ermöglichen, sich unmittelbar digital in demokratische Prozesse einzubringen. Neben klassischen Verwaltungsleistungen sollen auch digitale Angebote aus den Bereichen Mobilität/ÖPNV, Gesundheit und Soziales sowie kommunale Dienstleistungen integriert werden.

Bereits angestoßene digitale Plattformen wie BayernPortal und Das Bundesportal sollen dabei sukzessive vereinheitlicht und unter einem Dach zusammengefasst werden. Das bereits initiierte Onlinezugangsgesetz (OZG) muss in diesem Rahmen aus Anwender*innen-Sicht gedacht werden und weniger die behördlichen Strukturen in den Mittelpunkt stellen. Um die Mehrfacherhebungen von Daten zu vermeiden und Verwaltungsprozesse zu beschleunigen, muss eine behördenübergreifende Schnittstellenarchitektur geschaffen werden. Kommunen spielen dabei als erste Anlaufstelle für die Menschen vor Ort eine zentrale Rolle in der öffentlichen Verwaltung. Deshalb muss das Land Bayern kommunale Verwaltungen finanziell und organisatorisch beim Ausbau digitaler Verwaltungsprozesse unterstützen und zentrale Verfahren verpflichtend digitalisieren. Der bereits angestoßene Digitalisierungsprozess von Verwaltungsleistungen muss dabei konsequenter und zielführender werden.

Bei allen digitalen Verwaltungsstrukturen müssen Datenschutz, Transparenz und informationelle Selbstbestimmung gewährleistet bleiben. Digitale Verwaltungsplattformen dürfen nicht zu einer Ausweitung staatlicher Überwachung führen! Sicherheitsbehörden sind daher von dieser Plattformstruktur auszunehmen.

Digitale Infrastruktur als öffentliche Grundversorgung

Digitale Infrastruktur ist grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftliche Entwicklung und gleichwertige Lebensverhältnisse.

Wir fordern daher, Glasfaseranschlüsse als grundlegende Infrastrukturleistung im Rahmen einer digitalen Grundversorgung zu etablieren und insbesondere den Ausbau in ländlichen und strukturschwachen Regionen konsequent voranzutreiben. Parallel dazu muss der Ausbau moderner Mobilfunknetze als verpflichtender Bestandteil einer flächendeckenden digitalen Infrastruktur sichergestellt werden. Ziel ist eine verlässliche und leistungsfähige Konnektivität für alle Menschen, unabhängig von ihrem Wohnort. Dazu gehört auch eine lückenlose Netzabdeckung entlang von Bahnstrecken und wichtigen Verkehrsachsen.

Das Land Bayern muss eine aktive Rolle beim Ausbau digitaler Infrastruktur einnehmen und insbesondere strukturschwache Regionen gezielt unterstützen.

Open Source und digitale Souveränität

Die öffentliche Verwaltung darf nicht dauerhaft von einzelnen großen Softwareanbietern abhängig sein. Digitale Souveränität bedeutet, dass staatliche Institutionen Kontrolle über ihre technischen Systeme behalten.

Wir fordern deshalb, dass nach dem Prinzip "Public Money - Public Code" öffentlich finanzierte Software grundsätzlich als Open Source veröffentlicht werden soll. In unseren Behörden und Kommunen soll Linux als Standardbetriebssystem etabliert werden. Im Rahmen der IT-Beschaffung sollen zukünftig offene Softwarelösungen stärker berücksichtigt werden. Gleichzeitig setzten wir uns für den Aufbau eines Kompetenzzentrums als strategisches Steuerungselement für digitale Souveränität ein. Diese Einrichtung soll Anwendungen im Open-Source Verfahren entwickeln, betreiben und allgemeingültige Standards für die öffentliche Verwaltung erarbeiten. Zudem kann dieses Kompetenzzentrum als beratender Partner für Kommunen und Behörden zur Seite stehen. Bereits diesbezüglich in Dienst gestellte Organisationen, wie die Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) oder das Open Data Kompetenzzentrum in Bayern "open bydata competence centre", sollen in Zusammenarbeit mit dem auf Bundesebene agierenden "Zentrum für digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung" ihre Kompetenzen bündeln und ausbauen. Denn ein Staat der seine Software nicht selbst entwickeln und betreiben kann, ist kein rundum souveräner, unabhängiger Staat.

Offene Software und lokal verwaltete Infrastruktur stärkt daher Transparenz, Innovationsfähigkeit und langfristige Kostenkontrolle und trägt zugleich zur digitalen Resilienz und Unabhängigkeit Europas bei.

Digitale Bildung und gerechte Teilhabe

Digitale Kompetenzen sind heute eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Bildungspolitik muss dieser Realität endlich gerecht werden. Deshalb setzen wir uns für eine flächendeckende digitale Grundbildung an Schulen ein, die Schülerinnen und Schüler befähigt, digitale Technologien sicher, kompetent und verantwortungsvoll zu nutzen. Gleichzeitig müssen die digitalen Angebote staatlicher Institutionen barrierefrei gestaltet werden, damit sie für alle Menschen zugänglich sind. Darüber hinaus wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern in der Schule Zugang zu den notwendigen digitalen Endgeräten erhalten, damit Bildungschancen nicht vom Geldbeutel abhängen. Dazu gehören vor allem (ausschließlich) schulisch nutzbare Geräte wie Laptops oder Tablets. Ergänzend braucht es Informations- und Bildungsangebote für Eltern, damit auch sie im Umgang mit digitalen Medien unterstützt werden und ihre Kinder kompetent begleiten können.

Zum Schutz von Kindern und Jugendlichen unterstützen wir zudem strengere Regulierungen digitaler Plattformen und algorithmischer Empfehlungssysteme, insbesondere wenn diese auf manipulative oder suchtverstärkende Mechanismen setzen. Sofern sich diese Maßnahmen als unzureichend erweisen sollten, fordern wir ein Social-Media-Verbot für Jugendliche unter 14-Jahren. Darüber hinaus braucht es mit Blick auf den Schutz unserer Demokratie klare Regeln gegen Desinformation, Radikalisierung und gesellschaftliche Spaltung. Bayern sollte sich deshalb auf allen politischen Ebenen für einen wirksamen Kinder-, Jugend- und Demokratieschutz im digitalen Raum einsetzen.

Begründung

Deutschland und Bayern haben in den vergangenen Jahren wichtige Schritte in Richtung Digitalisierung unternommen, bleiben jedoch weiterhin hinter den Anforderungen einer modernen und digitalen Gesellschaft zurück. Viele digitale Angebote in der Verwaltung orientieren sich vor allem an Behördenabläufen statt an den Bedürfnissen der Menschen. Deshalb dauern Verfahren oft zu lange, Angebote sind Mangelware, unübersichtlich und technisch nicht gut miteinander verbunden. Eine moderne Digitalpolitik muss deshalb mehrere Ziele gleichzeitig verfolgen: Sie muss staatliche Handlungsfähigkeit stärken, bürokratische Prozesse vereinfachen, technologische Abhängigkeiten reduzieren und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit sichern. Eine moderne, demokratische Gesellschaft ist auf eine funktionierende digitale Infrastruktur angewiesen – in Bildung, Mobilität, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe.

Gleichzeitig erleben viele Menschen weiterhin digitale Hürden, etwa durch fehlende Netzinfrastruktur, mangelnde Kompetenzen oder unzugängliche staatliche Angebote. Ein handlungsfähiger digitaler Staat kann diese Herausforderungen adressieren und Ihnen wirkungsvoll entgegentreten. Durch offene Software, moderne Infrastruktur und eine konsequente Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen kann der Staat effizienter arbeiten und gleichzeitig demokratische Kontrolle sowie Datenschutz gewährleisten. Digitale Infrastruktur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie entscheidet mit darüber, ob alle Menschen gleichberechtigt an den Möglichkeiten der digitalen Gesellschaft teilhaben können.

Bayern muss hier eine Vorreiterrolle übernehmen!